

**Resolution des Vorstandes der Ärztekammer für Niederösterreich vom 12. Oktober 2022  
„Die gesamten Mehraufwendungen für gestiegene Energiepreise in ärztlichen Ordinationen  
müssen ersetzt werden“**

Die aktuelle Teuerung im Energiebereich trifft jede Einzelperson, jeden Verein, jedes Unternehmen. Die Politik hat darauf reagiert und als Entlastungsmaßnahme sowie zum Schutz und Erhalt von Betrieben sowie von Arbeitsplätzen einen Energiekostenzuschuss beschlossen.

Niedergelassene Ärztinnen und Ärzte sichern mit ihren Ordinationen die wohnortnahe und niederschwellige medizinische Versorgung für fast 9 Millionen Menschen in Österreich. Dennoch werden sie aus nicht nachvollziehbaren Gründen von dieser Entlastungsmaßnahme ausgeschlossen.

Patientinnen und Patienten sind in vielen Fällen krank oder geschwächt und müssen sich häufig entkleiden, damit medizinische Untersuchungen durchführen zu können. Die Heiztemperatur kann daher in ärztlichen Ordinationen nur sehr eingeschränkt oder gar nicht reduziert werden.

**Die Ärztekammer für Niederösterreich fordert daher von der Bundesregierung:**

1. Niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte sind für die dezentrale, ärztliche Versorgung des Gesundheitssystems unverzichtbar. Es ist daher gerade in Zeiten einer Pandemie und steigender COVID-19-Infektionszahlen geradezu fahrlässig, diese systemrelevanten Einrichtungen derart zu vernachlässigen. Um den Betrieb der Ordinationen aufrecht zu erhalten und damit die Spitäler nicht zu überlasten, müssen ärztliche Ordinationen einen Ausgleich für die gestiegenen Energiekosten erhalten. Denn im Gegensatz zu Unternehmen aus der Wirtschaft können Ärztinnen und Ärzte den Preisdruck nicht einfach weitergeben.
2. Die Bundesregierung hat den Beschluss zum Energiekostenzuschuss unverzüglich zu reparieren und eine Lösung für alle ärztlichen Einzelordinationen, Gruppenpraxen und Primärversorgungseinrichtungen zu schaffen.
3. In zahlreichen ärztlichen Ordinationen arbeiten Ärztinnen und Ärzte mit medizinischen Geräten, die einen hohen Energieaufwand verursachen. Zum Teil führt dies bereits jetzt zu einem Anstieg der Energiekosten von über 700 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Ärztinnen und Ärzte versorgen ungeachtet jedes persönlichen Risikos und oft weit über die Belastungsgrenzen hinaus die Patientinnen und Patienten. Die Politik hat daher jedenfalls die gesamten Mehraufwendungen durch die gestiegenen Energiepreise in Ordinationen im Vergleich zum Vorjahr zu ersetzen.